

# Ein Jahr Schwarz-Gelb

Vor einem Jahr haben Union und FDP die Regierungsgeschäfte übernommen. Die Bilanz nach zwölf Monaten zeigt: Es war ein verlorenes Jahr für Deutschland. Große Chancen für unser Land bleiben ungenutzt. Statt Verantwortung zu übernehmen, ist Schwarz-Gelb zum Synonym für beispiellosen Lobbyismus geworden. Der von Angela Merkel inszenierte „Herbst der Entscheidungen“ ist ein Herbst der Klientelpolitik. Die Folge: Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und gefährdet die Demokratie.

Was bleibt von einem Jahr Schwarz-Gelb? Der Rückblick zeigt Orientierungslosigkeit, innere Zerrissenheit und Entscheidungsunfähigkeit ebenso wie Taktiererei und Heuchelei. Die Koalition hat keine Leitidee, keine Orientierung und keine übergeordnete Vorstellung von Gemeinwohl.

Union und FDP nehmen die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes nicht wahr. Im zurückliegenden Jahrzehnt ist Deutschland weit gekommen. Die ermutigenden Zeichen konjunktureller Erholung und sinkender Arbeitslosigkeit zeigen Erfolge der Reformpolitik der letzten Jahre. Jetzt aber bleiben große Chancen ungenutzt. Vollbeschäftigung ist möglich, doch Schwarz-Gelb legt Investitionen lahm, spart die Arbeitsvermittlung kaputt und kapituliert im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Sozialer Ausgleich ist nötig, doch Schwarz-Gelb belastet die Schwachen und bedient die Starken. Die Energiewende ist greifbar, doch Schwarz-Gelb sabotiert den Atomausstieg und stellt die Weichen zurück in die Vergangenheit.

Statt die Zukunft zu gestalten, bedient Schwarz-Gelb Lobbyinteressen und Klientelgruppen: Wohlhabende, Atomkonzerne, Pharmaindustrie. Im Gegenzug: steigende Belastungen für gesetzlich Krankenversicherte, Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien, offener Bruch des zentralen Wahlversprechens „mehr Netto vom Brutto“. Hinzu kommt die Kapitulation vor der Macht der Finanzmärkte.

## Chronik eines Regierungsversagens in fünf Phasen

### Herbst 2009: Abenteuerlicher Fehlstart

Als auf Union und FDP im Herbst 2009 die Regierungsgeschäfte zukommen, sind sie auf das Regieren nicht vorbereitet. Schon in den Koalitionsverhandlungen herrscht blanker Dilettantismus. Kaum etwas wird geregelt, vieles versprochen, viele Entscheidungen vertagt. Kanzlerin Merkel gibt eine Regierungserklärung, die nichts erklärt: Keine Erklärung, wie die Verursacher der Finanzmarktkrise an den Folgekosten beteiligt werden sollen. Keine Erklärung, wie Schwarz-Gelb milliardenschwere Steuergeschenke auf Pump finanzieren will.

Schwarz-Gelb steht ohne Orientierung vor einem finanz- und wirtschaftspolitisch schwierigen Jahr. Der „Spiegel“ warnt: „Vorsicht, Schwarz-Gelb“ – und beschreibt den „abenteuerlichen Fehlstart der neuen Koalition.“



Foto: photothek.net

Kaum einen Monat nach Amtsantritt der erste Rücktritt im Kabinett Merkel: Franz Josef Jung muss als ehemaliger Verteidigungsminister die Verantwortung für schwere Versäumnisse bei der Information des Parlaments über den Luftangriff in Kundus vom 4. September übernehmen.

### Winter 2009/10: Auftakt zur Klientelpolitik

Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz und anderen Maßnahmen machen Union und FDP den Auftakt für eine beispiellose Klientelpolitik: Schwarz-Gelb verteilt Steuergeschenke für Hoteliers, Unternehmer und reiche Erben in Milliardenhöhe. Die Folge: Keine Wirkung für Wachstum, stattdessen mehr Schulden bei den Kommunen.

Insgesamt verursachen die schwarz-gelben Steuergeschenke Mindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von gut 10 Milliarden Euro pro Jahr. Die Kommunen müssen Verluste von 2,2 Milliarden Euro verkraften. Das Versprechen von der „Bildungsrepublik“ erweist sich als leere Worthülse. Schwarz-Gelb schlägt denjenigen, die in Bildung investieren müssen, dauerhafte Löcher in den Haushalt.

Doch vor allem die „Ein-Thema-Partei“ FDP wird nicht müde, weiter massive Steuersenkungen zu versprechen – ohne erklären zu können, wie diese finanziert werden sollen.

### Frühjahr 2010: Angst vor der NRW-Wahl – Nichtregierungsorganisation Merkel

Im ersten Halbjahr 2010 verweigert die Regierung Merkel die Arbeit. Alle Entscheidungen werden vertagt. Kommissionen werden einberufen, um Beschlüsse aufzuschieben. Der Grund ist einfach: Union und FDP fürchten die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

Die Medien schreiben über die „Nichtregierungsorganisation Merkel“. In der Koalition herrschten Chaos und Dauerstreit. Im Frühjahr entzieht die Mehrheit der Deutschen der Koalition das Vertrauen. Die FDP fällt auf 5 Prozent.

In der Griechenland- und Eurokrise versagt die Regierung Merkel dramatisch. Die Kanzlerin will unangenehme Wahrheiten bis nach der NRW-Wahl verschleppen, treibt damit das Risiko für den Steuerzahler nach oben und isoliert Deutschland in der EU.

Bei der Frage nach finanziellen Hilfen für Griechenland geht Schwarz-Gelb an die Grenzen des politischen Betrugs: Vor der Wahl wird gesagt: 22,4 Milliarden Euro Garantien – und keinen Cent mehr. Bereits zwei Tage nach der Wahl wächst die Kreditbürgschaft auf 147 Milliarden Euro an.

Das schwarz-gelbe Kalkül geht nicht auf: Die Wahlen in NRW werden für CDU und FDP zum Debakel. Merkel erteilt den versprochenen Steuersenkungen eine Absage. Westerwelle und die FDP stehen blamiert und mit leeren Händen da. Die schwarz-gelbe Netto-Lüge ist offenkundig.

### Sommer 2010: Wahl des Bundespräsidenten – Parteitaktik über alles

Ende Mai tritt Bundespräsident Horst Köhler überraschend zurück. Die öffentliche Stimmung mit dem Vertrauensverlust in die schwarz-gelbe Koalition weckt den Wunsch nach einem überparteilichen Nachfolger. SPD und Grüne schlagen Joachim Gauck vor, der sich gerade nicht in ein koalitions-taktisches Kalkül fügt. Die Medien urteilen: der „bessere Präsident“.

Am Ende kommt Merkel beschädigt aus den erforderlichen drei Wahlgängen. Zu viele im schwarz-gelben Lager hatten ihr einen Denkkzettel verpassen wollen. Vor allem aber hatte sie nicht die Kraft und Souveränität aufbringen können, anders als parteitaktisch zu agieren.

### Sommer 2010: Soziale Spaltung und Klientelgeschenke

Mit dem Bundeshaushalt 2011 und dem Haushaltsbegleitgesetz legt Schwarz-Gelb ein Handbuch der sozialen Spaltung vor: Belastung von Schwachen und Familien, Schonung der Wirtschaft und Wohlhabenden.

Parallel dazu treiben Union und FDP die Bedienung der eigenen Klientel voran. Ob Haushalts-, Sozial-, Gesundheits- oder Atompolitik – mit den Beschlüssen der Koalition werden neue Privilegien und Begünstigungen eingeführt, soziale Schief lagen verschärft und Zukunftschancen blockiert. Der „Spiegel“ titelt: „Aufhören!“

Im September umzingeln 100.000 Menschen das Regierungsviertel in Berlin und demonstrieren gegen den Atomkurs der Bundesregierung. Die Gewerkschaften rufen zu Massenkundgebungen gegen das schwarz-gelbe Sparpaket und die Entsolidarisierung im Gesundheitswesen auf. Die Botschaft: „Gerecht geht anders.“

Die Proteststimmung hat die Mitte der Gesellschaft erreicht. Immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass Politik

intransparent in Hinterzimmern ausgekugelt, statt demokratisch in Parlamenten ausdiskutiert wird. Union und FDP schließen Geheimdeals mit der Lobby, umgehen das Parlament und ignorieren die Verfassung. Schwarz-Gelb gefährdet nicht nur die Solidarität in unserer Gesellschaft, sondern auch die Demokratie in unserem Land.

Verantwortung für Deutschland hieße, die Kraft der gemeinsamen Anstrengungen zu wecken und den Aufschwung zu nutzen, um Deutschland zu erneuern.

## Verpasste Chancen für Deutschland

Keine Regierung hat innerhalb so kurzer Zeit so viele Chancen ungenutzt gelassen, so viele Versprechen gebrochen und so rapide an Glaubwürdigkeit verloren wie die Koalition aus CDU/CSU und FDP. Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag ist nichts mehr wert. Reden und Handeln klaffen meilenweit auseinander. Eine Dokumentation in Beispielen.

### Verpasste Chancen für Wachstum und Beschäftigung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP eine „Strategie für nachhaltiges Wachstum“ sowie „Arbeitschancen“ und „Wohlstand für alle“ versprochen.

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb hat kein Konzept für Vollbeschäftigung und nachhaltiges Wachstum. Öffentliche Investitionen werden gekürzt, private Investitionen gefährdet, die Kaufkraft der Menschen geschwächt. Drastische Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik blockieren die Teilhabe von Menschen an guter Arbeit und am wirtschaftlichen Aufschwung.

### Verpasste Chancen bei der Haushaltskonsolidierung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die im Grundgesetz neu verankerte Schuldenbremse“ umzusetzen und „eine generationengerechte Finanzpolitik“ zu praktizieren.

Fakt ist aber: Das Konsolidierungspaket der Regierung enthält Luftbuchungen und Hoffnungswerte in zweistelliger Milliardenhöhe. Insbesondere in den Jahren ab 2013 überwiegen die Lücken. Bereits heute ist absehbar, dass Schwarz-Gelb im nächsten Jahr ein weiteres Sparpaket zulasten der Schwächeren aufliegen wird.

**Verpasste Chancen für bessere Bildung**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP die „Bildungsrepublik Deutschland“ versprochen.

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb hat die Chance zu einem echten Bildungsaufbruch in Deutschland vertan. Mit ihrer klientelorientierten Steuerpolitik haben Union und FDP die Finanzausstattung von Ländern und Kommunen geschwächt, obwohl diese die Hauptverantwortung für die Bildung tragen. Ergebnis: Mit dem dritten „Bildungsgipfel“ der Kanzlerin ist auch die „Bildungsrepublik“ endgültig gescheitert. 79 Prozent der Bevölkerung halten den Begriff nur noch für eine Worthülse.

**Verpasste Chancen bei der Finanzmarktregulierung**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, Initiativen zu ergreifen, „um auf europäischer und internationaler Ebene eine Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen“.

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb kapituliert vor der Macht der Finanzmärkte. Statt eine Vorreiterrolle einzunehmen, wird Deutschland zum Bremsen und Nachzügler. Union und FDP tragen dazu bei, dass in europäischen und internationalen Gremien die „kleinen“ Kompromisse vorherrschen. Die europäische Finanztransaktionssteuer droht im Sande zu verlaufen. Die Verursacher der Krise können weiter machen wie bisher.

**Verpasste Chancen bei der Integration von Einwanderern**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Zuwandererfamilien alle Chancen eines weltoffenen Landes zu eröffnen.“

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb versäumt es, die Integrationskurse ausreichend zu finanzieren. Ein Gesetz zur besseren Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse wurde

mehrfach versprochen, aber immer noch nicht vorgelegt. Mit der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft hält Schwarz-Gelb an einem zentralen Integrationshemmnis fest.

**Verpasste Chancen bei der Energiewende**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die erneuerbaren Energien konsequent auszubauen.“

Fakt ist aber: Im schwarz-gelben Energiekonzept verkommt der Ausbau der Erneuerbaren Energien zum Lippenbekenntnis. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz droht ausgehöhlt und deformiert zu werden. Mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke gefährdet Schwarz-Gelb die Energiewende.

**Verpasste Chancen bei der Lösung globaler Probleme**

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die neuen internationalen Herausforderungen anzunehmen und „die damit verbundenen Verpflichtungen in Verantwortung“ zu erfüllen.

Fakt ist aber: Schwarz-Gelb setzt das Ansehen und die Glaubwürdigkeit unseres Landes aufs Spiel. Bis heute gibt es mit Blick auf die internationalen Konfliktherde (Nahe Osten, Iran, Afghanistan) keine einzige außenpolitische Initiative von Gewicht. Bei der Entwicklungszusammenarbeit bricht Deutschland internationale Zusagen. Beim internationalen Klimaschutz hat Schwarz-Gelb die deutsche Vorreiterrolle aufgegeben.

.....

## Schwarz-gelber Lobbyismus

Unter Schwarz-Gelb greifen einflussreiche Lobbygruppen wie nie zuvor nach der Macht. Der Staat wird zur Beute. Angela Merkel hat sich als Klientelkanzlerin entpuppt.

**Milliardengeschenke für die Atomlobby**

Mit der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken verteilt Schwarz-Gelb Milliardengeschenke an die Atomkonzerne. Sie können mit 100 Milliarden Euro Zusatzgewinn rechnen.

Trotzdem diktiert die Lobby die Bedingungen: Die Abgabe von 15 Milliarden Euro, die die Konzerne über 30 Jahre für den angekündigten Energie- und Klimafonds entrichten, ist kaum mehr als ein Feigenblatt. Zudem ist die Abgabe steuerlich absetzbar. Schwarz-Gelb erlaubt den Konzernen, die Abgabe mit Kosten für Sicherheitsnachrüstungen zu verrechnen. Die angekündigte Brennelementesteuer fällt niedriger aus als versprochen – und wird zeitlich auf sechs Jahre befristet.

Mit dem hinter verschlossenen Türen ausgekungelten Deal mit der Atomlobby macht Kanzlerin Merkel Politik am Parlament vorbei. Ihre Absicht, den Vertrag mit den Konzernen geheim zu halten, spricht für sich. Ihr Plan, den Bundesrat zu umgehen, ist ein glatter Verfassungsbruch.

**Lobbygeschenke für Pharmaindustrie und die Private Krankenversicherung**

FDP-Minister Rösler verteilt Lobbygeschenke an die Privaten Krankenkassen und an die Pharmaindustrie – und kündigt mit einem Handstreich das Solidaritätsprinzip in der Gesundheitsversorgung auf. Alle Kostensteigerungen im Gesundheitssystem werden in Zukunft einseitig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Rentnerinnen und Rentner abgewälzt. Sie haben keine Lobby.

Die Privaten Krankenkassen werden dagegen massiv begünstigt. Die Pharmaindustrie erhält die Garantie auf Profite – zulasten der Versichertengemeinschaft.

**Steuergeschenke für Hoteliers**

Mit der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen schenkt Schwarz-Gelb Hoteliers rund eine Milliarde Euro – Jahr für Jahr. Das hat eine Vorgeschichte: Die Firma eines Miteigentümers der Mövenpick Gruppe hatte im Jahr vor der Wahl über eine Million Euro an die FDP gespendet. Auch die CSU hatte Geld bekommen.

**Lobbyinteressen vor Verbraucherschutz**

Schwarz-Gelb weigert sich, Hersteller und Handel in die Verantwortung zu nehmen, wo es um die Information der Kunden geht. Informationsanspruch? Fehlanzeige. Auch beim Kinderspielzeug wird lieber die Gesundheit der Kinder riskiert, als Duftstoffe, Weichmacher und andere Bestandteile im Spielzeug zu verbieten, die nicht nachweislich ungiftig sind.

**Arbeitgeberinteressen vor Arbeitnehmerdatenschutz**  
Lidl, Deutsche Bahn, Telekom, Burger King – skandalöse Überwachungsfälle von Arbeitnehmern durch ihre Arbeitgeber häufen sich. Ein von Schwarz-Gelb vorgelegter Gesetzentwurf zieht daraus keine Lehren: Unter dem „Schutz“ des neuen Gesetzes finden sich Arbeitnehmer unter Beobachtung von Videokameras wieder, können mittels GPS-Systemen jederzeit geortet werden und müssen ertragen, dass ihr Arbeitgeber ihre E-Mails liest. Die Lobby der Arbeitgeber hat sich durchgesetzt.

**Republik der Privilegien**

Die Liste lässt sich fortsetzen. Unter Union und FDP entsteht eine Republik der Privilegien für Klientel- und Lobbygruppen. Noch nie hat sich das Kanzleramt derart zum Handlanger einflussreicher Interessenverbände gemacht. Die Regierungszentrale ist zu einem Hinterzimmer für Lobbyisten geworden.

.....

[WWW.SPDFRAKTION.DE](http://WWW.SPDFRAKTION.DE)

**IMPRESSUM**

**HERAUSGEBERIN:** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**HERSTELLUNG:** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT  
**TEXT & REDAKTION:** ALEXANDER AMERSBERGER, NICOLA HELLER, STEFAN HINTERMEIER, OLIVER SCHMOLKE

© **FOTOS:** PHOTOTHEK.NET (S. 2)

**ERSCHIENEN:** OKTOBER 2010

**GRAFIK:** CHRISTIANE BEYER (TITEL)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

EIN JAHR SCHWARZ-GELB:

# Ein verlorenes Jahr für Deutschland

